



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 28.11.2018, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Weiterentwicklung Umnutzung Stadtbad
- Umnutzung Galerie als Stillarbeitsbereich
- Umnutzung ehemaliger Saunabereich zum
zentralen Jugendtreff**

Vorl.Nr. 424/18

Beschluss:

1. Umnutzung der Galerie als Lern- und Stillarbeitsbereich

Ausschuss Bildung, Sport, Soziales (BSS):

1.1 Der **reduzierten Variante zur Umnutzung der Galerie des historischen Stadtbades** wird zugestimmt. Die notwendigen Mittel in Höhe von rund 150.000 € werden zusätzlich in den Haushaltsplanentwurf 2019 aufgenommen.

Ausschuss Bauen, Technik, Umwelt (BTU):

1.2 Der **reduzierten Variante zur Umnutzung der Galerie des historischen Stadtbades** auf der Grundlage der beiliegenden Planung mit Kosten von rd. 150.000 EUR (investiv) inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400, 500, 600 + 700) wird zugestimmt. Der Weiterbeauftragung der am Projekt „Mensa und Besprechungsräume“ tätigen Ingenieurbüros Appel, IBB und BAUPRO für die Umnutzung der Galerieebene wird zugestimmt.

2. Umnutzung ehemaliger Saunabereich zum zentralen Jugendtreff

Ausschuss Bildung, Sport, Soziales (BSS):

2.1 Der **Planung für die Umnutzung des ehemaligen Saunabereiches des historischen Stadtbades zum zentralen Jugendtreff** wird auf Grundlage des beiliegenden Flächenlayouts (Anlage 2) zugestimmt. Die notwendigen **Planungsmittel in Höhe von 50.000 EUR** werden aus dem angemeldeten investiven Budget des Fachbereichs Hochbau und Gebäudewirtschaft zur Verfügung gestellt.

Ausschuss Bauen, Technik, Umwelt (BTU):

2.2 Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beiliegenden Flächenlayouts (Anlage 2) eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für die **Umnutzung des ehemaligen Saunabereiches zum zentralen Jugendtreff** im ehemaligen Stadtbad zu erarbeiten.

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Umnutzung des Saunabereichs

- für Heizung, Lüftung, Sanitär (Leistungsphase 1-3) an das Büro Appel, Maybachstraße 13, 71640 Ludwigsburg
- für Elektrotechnik (Leistungsphase 1-3) an das Büro ibb, Karl-Heinrich-Käferle-Straße 6, 71640 Ludwigsburg wird zugestimmt.

3. Die Finanzierung aller Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplanes 2019 ff.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Es wird getrennt zu Ziffer 1.1 und 2.1 abgestimmt.

Der Beschluss zu Ziffer 1.1 wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 2.1 wird mit 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Noch vor Eintritt in die Tagesordnung setzt er TOP 4 ab und merkt an, dass TOP 9 vorgezogen werde. Er schlägt vor, dass TOP 9 für TOP 4 aufgerufen werde. Mit diesem Vorgehen zeigt sich das Gremium einverstanden. Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung eingehen, ruft er TOP 1 auf.

EBM **Seigfried** erinnert, dass dieses Thema morgen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt beraten werde. Für den heutigen Ausschuss gehe es um die Reduzierung der Umnutzung der Galerie. Zum Thema zusätzliche Fördermittel aufgrund der Erweiterung werde Herr Fischer (Regierungspräsidium) ergänzend informieren. Zudem gehe es um den zentralen Jugendtreff im ehemaligen Saunabereich des historischen Stadtbades. Weiter erhält der Jugendgemeinderat Gelegenheit zur Äußerung.

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema und geht auf die Vorlage ein.

EBM **Seigfried** erteilt den Vertretern des Jugendgemeinderates das Wort.

Für den Jugendgemeinderat sprechen **Vanessa Buchmann, Irem Inan** und **Luca Liberto**. Sie

erläutern ihre Sichtweise zum zentralen Jugendtreff. Die Umsetzung des Jugendtreffs sei eine Herzensangelegenheit des Jugendgemeinderates. Ein zentraler Ort zum Treffen fehle bisher. Mit dem Umbau des Stadtbades könne ein solcher Raum entstehen. Die zentrale Lage sei perfekt. Der Jugendtreff solle einen Rückzugsort bieten, wie auch eine Plattform für nationale Begegnungen und Integration.

EBM **Seigfried** geht erneut auf die Vorlage ein. Es gehe um die Entscheidung über den Stillarbeitsbereich und die Prüfung und Planung eines Jugendtreffs.

Stadtrat **Meyer** dankt den Vortragenden. Der Beschlussvorschlag müsse differenziert gesehen werden. Ziffer 1 könne er zustimmen. Allerdings wünsche er bei der Planung des Stillarbeitsbereiches ebenso Räumlichkeiten für das PaSta anzudenken. Dies solle intensiv geprüft werden. Zu Ziffer 2 sei er der Meinung, dass hierfür Planungskosten nicht eingesetzt werden sollen. Seine Fraktion stehe zum Jugendgemeinderat, dennoch können nicht alle Wünsche erfüllt werden. Er glaube nicht, dass die Haushaltssituation das Projekt Saunabereich und Jugendtreff in den nächsten drei bis vier Jahren zulasse. Ihm sei wichtig, dass der Jugendgemeinderat vorrangig die Pflichtaufgaben und die Prioritäten sehe. Weiter fehlen ihm Informationen, wie die Notwendigkeit zusätzlichen Personals und etwaiger Folgekosten.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** wolle nicht an der Jugend sparen. Der Jugendgemeinderat brauche Dienstzimmer und Platz. Zudem sollte dieses schöne Gebäude genutzt werden. Die Nutzung sei sinnvoll. Man könne ein Jugendzentrum aufbauen. Das Haus solle ertüchtigt werden. Zudem brauche man Platz zum ausweichen. Einsparmöglichkeiten könne sie sich eher im Tiefgaragenbau vorstellen und spricht direkt die CDU Fraktion an. Sie werde der Vorlage zustimmen.

Bei der Klausur seien Einsparungen beschlossen worden. Dieses Projekt habe man von der Prioritätenliste gestrichen, so Stadtrat **von Stackelberg**. Die Initiative des Jugendgemeinderates sei gut und er wolle keine Frustration erzeugen. Die abgespeckte Variante sei vernünftig und werde er unterstützen. Das PaSta müsse zwingend erneuert werden. Die Planungsrate solle eingestellt werden. Als Widerspruch sehe er die steigenden Schülerzahlen im Innenstadtcampus und die geplante Klassendeckelung. Hierzu wünsche er nähere Information. Seine Fraktion werde beiden Punkten zustimmen. Er sieht hierin eine gute Nutzung für das Stadtbad.

Stadtrat **Weiss** könne sich dem Wortbeitrag von Stadtrat Meyer anschließen. Man müsse die Prioritätenliste beachten und zwischen Kür- und Pflichtaufgaben unterscheiden. Die Planungskosten seien eine sinnlose Verschwendung, da die Umsetzung nicht erfolgen könne. Man brauche eine vernünftige Haushaltspolitik. Mehrheitlich werde seine Fraktion den Planungskosten nicht zustimmen.

Der Nutzung der Galerie in abgespeckter Version könne zugestimmt werden, so Stadtrat **Heer**. Der Bedarf ist nachvollziehbar. Für die Nutzung des Saunabereiches sehe er derzeit keinen akuten Handlungsbedarf. Es gehe hier um die Neuschaffung eines zentralen Jugendtreffs. Man habe in der Klausurtagung nach Einsparpotentialen gesucht. Nach Erstellung eines Konzeptes für ein Jugendhaus könne darüber beraten werden. Ziffer 1 könne er zustimmen. Nicht zustimmen werde er Ziffer 2. Weiter spricht er die Prioritätenliste und den eingereichten Haushaltsantrag an. Er wolle Klarheit bei der Rangfolge der Abarbeitung. Der Jugendtreff solle in die Prioritätenliste aufgenommen werden.

Stadtrat **Kube** wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Moersch** werde überzeugt beiden Ziffern zustimmen. Die Ausdauer und Präsenz des Jugendgemeinderates finde sie beachtlich und spricht ein großes Lob an den Jugendgemeinderat aus. Sie sehe die Notwendigkeit des Jugendtreffs und wolle den Jugendgemeinderat bei der Planung und Umsetzung in die Pflicht nehmen. Der Jugendgemeinderat müsse sich einbringen.

Stadträtin **Dr. Traub** sieht die Notwendigkeit des Jugendtreffs ebenso. Verständlich seien die Bedenken ihrer Fraktionskollegen, dennoch werde sie sich in der Abstimmung anders verhalten. Die Jugend brauche einen Platz. Einsparpotential sehe sie bei der Einsparung von Tiefgaragenplätzen nicht.

Herr **Wittmann** geht auf die offenen Fragen ein. Die Nutzung der Galerie für das PaSta sei geprüft worden. Eine Doppelnutzung sei aufgrund Brandschutzvorgaben nicht möglich. Zudem wolle man den Speisebereich außerhalb der Mensazeiten anderweitig nutzen. Es sei schwierig das Angebot der PaSta parallel auf der Galerie zu ermöglichen. Ein Überblick über die Räume im Innenstadtcampus werde zeitnah erfolgen.

EBM **Seigfried** geht erneut auf die Prioritäten und den Einsatz von Planungskosten ein. Prioritäten unterliegen einer Fortschreibung und können sich verschieben, soweit es andere Gesichtspunkte gebe.

Vanessa Buchmann betont nochmal die Bedeutung des Jugendtreffs für den Jugendgemeinderat. Der zentrale Jugendtreff liege auf der Hand. Bei der Gestaltung wollen sie mitwirken. Sie bittet um Zustimmung auch im Hinblick auf die Motivation der Jugendlichen zum politischen Engagement.

Luca Liberto sieht im Jugendtreff keine Geldverschwendung. Es gehe lediglich um den Planungsauftrag. In der Jugend stecke die Zukunft.

Stadtrat **Weiss** erinnert, dass bei Genehmigung der Planungskosten auch daran gedacht werden solle, wie man danach weiterverfahre wolle. Der Jugendtreff solle nicht zum zentralen Thema über die Existenz des Jugendgemeinderates gemacht werden.

Stadtrat **von Stackelberg** will erst die Planung und danach entscheiden.

Stadtrat **Meyer** bittet um ein Konzept über den Jugendtreff und die möglichen Personalstellen. Erst dann können weiterführende Entscheidungen getroffen werden.

EBM **Seigfried** merkt an, dass bei einer möglichen Entscheidung über die Baumaßnahme die Folgekosten dargelegt werden.

Stadtrat **Heer** fordert ein Gesamtkonzept über den zentralen Jugendtreff. Die Villa V solle hier mit einbezogen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen eingehen, lässt EBM **Seigfried** über Ziffer 1.1 und Ziffer 2.1 getrennt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- 1.1 ~~Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und Bau der Grundschule Fuchshofstraße, auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vom 29.10.2018 mit reinen Hochbaukosten in Höhe von 24,77 Mio. EUR (Kostengruppen 200+400+700 inkl. 19% MwSt. und Sicherheitszulagen).~~
- 1.2 ~~Den Kosten für Außenanlagen in Höhe von 1,29 Mio. EUR (Kostengruppe 500 + 700 inkl. 19% MwSt. und Sicherheitszulagen) wird zugestimmt.~~
- 1.3 ~~Den Kosten für Mobiliar in Höhe von 2,28 Mio. EUR (Kostengruppe 600+700 inkl. 19% MwSt. und Sicherheitszulagen) wird zugestimmt.~~
- 1.4 ~~Den Kosten für Unterrichts- und Betreuungsausstattung 430.000 EUR (inkl. 19% MwSt. und Sicherheitszulagen) wird zugestimmt.~~
2. ~~Der Weiterbeauftragung der weiteren Planungsleistungen (LPH 4-9) auf Basis der Kostenberechnung für die am Projekt tätigen Ingenieurbüros wird zugestimmt.~~
 - ~~–Architekturbüro VON M, Stuttgart~~
 - ~~–Ingenieurbüro für Systemplanung GmbH (HLS), Stuttgart~~
 - ~~–Ingenieurgesellschaft Wetzstein (ELT), Herrenberg~~
 - ~~–Tragwerksplanung Werner Sobek AG, Stuttgart~~
 - ~~–Bauphysik 5, Backnang~~
 - ~~–Alber & Schulze Baumanagement GmbH, Stuttgart~~
 - ~~–Büro Koeber Landschaftsarchitektur, Stuttgart~~
3. ~~Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen einer Quartiersgarage/Hochgarage im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Oststadthalle am Standort Berliner Platz fortzuführen.~~
4. ~~Die notwendigen Finanzmittel für den gesamten Bau und die Beschaffung in Höhe von 28,77 Mio. EUR werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2019 im Haushalts- und Finanzplan 2019 zur Verfügung gestellt.~~

geänderte Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales stimmt dem geänderten Raumprogramm zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Wittmann** (FB Bildung und Familie) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht insbesondere auf die Gebäudeverkleinerung und die Kürzung im Raumprogramm ein. Es sei eine verträgliche Verkleinerung mit der die Funktionsfähigkeit des Gebäudes erhalten bliebe.

EBM **Seigfried** merkt an, dass bei der Diskussion um die Kosten zwei wesentliche Aspekte eine Rolle spielen. Zum einen sei dies das Raumprogramm, zum anderen der Standard. Er wolle sich auf das Raumprogramm konzentrieren, dies liege auch in der Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und weist auf die morgige Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt hin. Relevant sei auch die Meinung des Zuschussgebers. Hierzu begrüßt er Herrn Fischer vom Regierungspräsidium.

Herr **Fischer** (Regierungspräsidium) teilt mit, dass ursprünglich ein angemessenes Raumprogramm erstellt worden sei. Die Kürzungen aufgrund der gesuchten Einsparpotentiale seien verträglich. Es bleibe ein funktionsfähiges Gebäude. Die Ursprungsversion hätte er aus Landessicht favorisiert, dennoch seien die Kürzungen akzeptabel.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) fügt hinzu, dass unter der Optimierung die Funktion des Gebäudes nicht leide. Aufgrund der Reduzierung der Verkehrsflächen könne in diesem Zusammenhang das Raster einheitlich optimiert werden.

Ergänzend fügt EBM **Seigfried** hinzu, dass die Konsequenzen der Sparmaßnahmen vertretbar sein müssen und eröffnet die Aussprache.

Man wolle einen funktionalen Schulneubau, so Stadtrat **Braumann**. Eine kostengünstigere Alternative sei gefordert worden. Einsparpotentiale seien erkannt worden. Zu Ziffer 1.2 bis 1.4 könne er sich weitere Einsparungen vorstellen. Weiter spricht er den gestellten Antrag 408/18 an.

EBM **Seigfried** merkt an, dass beim Mobiliar und bei den Außenanlagen Kürzungen erfolgt seien.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht in der Maßnahme eine Kostenreduzierung. Aufgrund der beengten Verkehrsflächen müsse die Schule entsprechend lenken und die Schüler räumlich gut versorgen.

Stadtrat **von Stackelberg** konnte sich mit der ursprünglichen Kostenaufstellung nicht anfreunden. Die Kürzungen seien vertretbar und mit der Vorlage könne er durchaus mitgehen. Nähere Informationen wolle er zu den Kürzungen im Inklusionsbereich. Massive Einschränkungen in diesem Bereich wolle er nicht. Er hält weiterhin an dem gestellten Antrag Nr. 409/18 fest. Weiter wünsche er Einblick in verschiedene Angebote und Vergleiche bezüglich der Ausstattung. Hier wolle er einen vernünftigen Mittelweg.

Stadtrat **Weiss** hat den Eindruck, dass das Gremium mit der Vorlage nicht richtig zufrieden sei und wundere sich über die Stellungnahme der SPD Fraktion. Er geht auf den gestellten Antrag 408/18 ein. Er könne der Vorlage nicht zustimmen. Weiter geht er auf das Thema Tiefgarage ein und merkt an, dass ein Parkhaus sinnvoller sei.

Stadtrat **Heer** werde der Vorlage zustimmen. Eine Optimierung sei möglich. Die Pädagogik leide hierunter nicht. Die Richtlinien werden berücksichtigt. Ebenso sehe er die Tiefgarage nicht sinnvoll

und spricht ebenso den gestellten Antrag an.

Stadtrat **Braumann** wünsche heute lediglich eine Beratung und eine endgültige Abstimmung erst im Gemeinderat.

Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sei für das Raumprogramm zuständig, so EBM **Seigfried**.

Stadtrat **Meyer** merkt an, dass kein Beschlussvorschlag für das Raumprogramm vorliege.

EBM **Seigfried** formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag wie oben kursiv eingefügt und lässt über diesen abstimmen.

Beratungsverlauf:

Über den Antrag Nr. 408/18 wird kein Beschluss gefasst.

Beratungsverlauf:

Über den Antrag Nr. 409/18 wird kein Beschluss gefasst.

geänderte Beschlussempfehlung:

Die aus dem beigefügten Rahmenplan **Alternative 1** ablesbare Anordnung der Nutzungen (s. Anl. 3) wird als Rahmenplanung im Sinne von § 1 Abs. 6 BauGB für das SKS-Areal beschlossen.
~~Die Verwaltung empfiehlt die Alternative 3.~~
Sofern eine Umsetzung nicht möglich sei, solle Variante 3 weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Herr **Wilczek** (FB Stadtplanung und Vermessung) informiert über die Rahmenplanung anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Er geht insbesondere auf die Chronologie und die Ausgangslage ein. Weiter nennt er die Ziele der städtebaulichen Maßnahmen und stellt die drei Alternativen vor.

Frau **Ritter** (FB Bürgerbüro Bauen) berichtet über die Beteiligungsphase und geht ebenso auf die drei Alternativen ein.

Man habe drei qualitätsvolle Entwürfe mit guten Lösungen für diese komplexe Planungsaufgabe, so Herr **Wilczek**. Durch die Lage im Hangbereich sei bei Alternative 2 die barrierefreie Erreichbarkeit ein Handicap. Eine Entwicklung sei erst nach Abriss der alten Halle möglich. Alternative 1 bietet einen Hallenstandort im Außenbereich mit der Notwendigkeit der Versiegelung von Außenflächen, Einschränkung der Siedlungsentwicklung und Erwerb von Grundstücken. Die Verwaltung empfiehlt Alternative 3. Herr Wilczek geht auf die weiteren Schritte, nach der Entscheidung im Gemeinderat, ein.

EBM **Seigfried** geht auf die Vorberatungen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und im Stadtteilausschuss ein. Er begrüßt Mitglied Haag. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sei für die Belange der Pflege, des Sports und der Schulen zuständig. Es sei ein großer Entwicklungsschritt für Oßweil und solle gut durchdacht sein. Die äußeren Rahmenbedingungen können von der Verwaltung zum Teil nicht beeinflusst werden. Er eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** spricht ein Lob an die Verwaltung aus. Für Oßweil sei es eine große Entwicklung und ein Fortschritt. Die Variante 1 werde befürwortet. Dennoch werde ein schnelles Vorankommen, vor allem im Sportbereich, erwartet. Es müsse eine schnelle Prüfung bezüglich der Außenflächen erfolgen. Als Notlösung schließe er Variante 3 nicht aus. Man brauche einen Ersatz für die Mehrzweckhalle und eine Verbesserung im Bereich für Senioren, Schulen und Sportflächen. Weiter spricht er das Thema Wohnbau an.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht Vorteile in der Variante 3, diese ihr am Besten gefalle. Das Projekt sei für Oßweil gut. Sie hoffe, dass diese Maßnahme nicht zu Lasten der Streuobstwiesen gehe. Man erreiche eine zentrale sportliche und soziale Einrichtung als Zentrum und einen städtebaulichen Charme durch die Herausstellung der alten Gebäude. Nach Aufsiedlung könne sie sich vorstellen, dass Oßweil der größte Stadtteil werde. Sie bittet um eine nichtöffentliche Information zu den Verkaufsverhandlungen.

Die Variante 1 bevorzugt Stadträtin **Faulhaber**. Das tolle Konzept solle Realität werden. Der heutige Beschluss solle sich dennoch nicht negativ auf den Hallenantrag der Oststadt, Poppenweiler und Mehrzweckhalle auswirken.

Die Freien Wähler favorisieren die Variante 1, so Stadtrat **Dengel**. Der Stadtteilausschuss habe sich mehrheitlich für diese Variante ausgesprochen. Die Verkaufsverhandlungen seien jetzt voranzutreiben. Sofern diese fehlschlagen, könne über Variante 3 nachgedacht werden.

Die Neuordnung des gesamten Areals und die Weiterentwicklung des Schlosses werde begrüßt, so Stadtrat **Heer**. Variante 1 und 3 haben ihren Charme. Nachdem sich der Stadtteilausschuss für Variante 1 ausgesprochen habe, solle dieser weiterverfolgt werden. Er hoffe auf gute Verkaufsverhandlungen und ein gutes Vorankommen. Er weist auf den Antrag Nr. 452/18, mit dem er eine gemeinsame Ausschreibung für alle drei Sporthallen beantragt habe und die Prioritätenliste, hin.

Stadtrat **Kasdorf** ergänzt, dass in der Variante 2 beim Kindergarten eine getrennte Wegeführung für Fußgänger und Autofahrer vorgesehen sei, dies finde er positiv und solle bei den weiteren Varianten berücksichtigt werden.

EBM **Seigfried** stellt fest, dass sich das Gremium mehrheitlich für Variante 1 ausspreche. Sofern die Umsetzung der liegenschaftlichen Voraussetzungen nicht möglich sei, solle Variante 3 weiterverfolgt werden.

Während des Beratungsverlaufs formuliert EBM **Seigfried** einen geänderten Beschlussvorschlag wie oben kursiv eingefügt und lässt über diesen abstimmen.

TOP 4**Erweiterung Oststadtschule
- mündlicher Bericht nach der Vorplanung**

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** setzt vor Eintritt in die Tagesordnung diesen TOP ab.

TOP 5

Projekte aus dem Bereich Sport

- Aktiv im Park
 - Sportabzeichen
 - mündlicher Bericht
-

Beratungsverlauf:

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) informiert über die Projekte aus dem Bereich Sport anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Verschiedene Sportangebote, wie das Sportabzeichen, gebe es schon sehr lange. Das größte Projekt im Bereich nichtorganisierter Sport sei das Angebot Aktiv im Park. Die Angebote werden sehr gut angenommen. Herr Dahler geht auf die weiteren Angebote Sport- Spiel- Spaß und Basketball um Mitternacht ein. Weiter informiert er über die Kosten, auch im Hinblick auf die Sportvereinsförderung und geht aktuell auf die Berichterstattung in der Tagespresse ein.

Stadträtin **Moersch** lobt den Fachbereich. Die Angebote seien verlockend und der Zuwachs sei beachtlich.

Stadträtin **Dr. Traub** zeigt sich ebenso beeindruckt. Im Sinne der Gesundheitsförderung sollen möglichst viele Menschen bewegt werden. Man brauche ein breites Spektrum an Angeboten. Weiter geht sie auf den aktuellen Zeitungsartikel ein. Die Vereine leisten eine tolle Arbeit in der Stadt. Man müsse eine Synergie schaffen und solle mehr mit den Vereinen in Dialog treten.

Ebenso auf den missverständlichen Zeitungsartikel geht Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** ein. Sie merkt an, dass Sportförderung ebenso Steuergelder seien. Zeitgemäß seien Kursangebote ohne lange Bindung, auch im Vereinssport. Weitere Angebote gebe es bei der Volkshochschule und durch den Firmensport. Sie wolle wissen, ob durch die Teilnahme bei Sport im Park weniger Teilnehmer im Verein seien. Zudem spricht sie die Konkurrenz bezüglich der Übungsleiter an. Ludwigsburg sei eine Sportstadt und solle dies auch bleiben.

Eine gute Absprache müsse erfolgen, so Stadträtin **Deetz**. Man könne Menschen gewinnen, die sonst nicht sportlich aktiv werden. Andererseits sei das Angebot kostenlos und die Teilnehmer wollen sich eventuell Beitragszahlungen einsparen.

Stadtrat **Heer** findet das Angebot toll. Die Stadt fördere in einem großzügigen Rahmen die Vereine. Das kostenlose Angebot werde gut angenommen. Dennoch sehe er eine Konkurrenz zu den Vereinen. Er habe einen Antrag in Verbindung mit den Haushaltsberatungen zu den Sportförderrichtlinien gestellt und geht auf diesen ein. Die Verwaltung solle mit den Vereinen und dem Stadtverband ein gemeinsames Konzept erstellen.

Herr **Dahler** geht auf die offenen Fragen ein. In den letzten vier Jahren seien die Vereine zum Mitmachen eingeladen worden. Im kommenden Jahr werden sich vier Vereine beteiligen. Man wolle eine gemeinsame Konzeption. Die Stadt und der Stadtverband haben ein gemeinsames Ziel.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass der Vereinssport auf den unterschiedlichsten Ebenen massiv gefördert werde. Man wolle erreichen, dass sich viele Menschen, möglichst niederschwellig betätigen. Viele betätigen sich bereits sehr vielfältig. Die Sportvereine werden zum Mitwirken aufgefordert. Man schaffe hiermit auch Möglichkeiten einer Beschäftigung. Viele leben in diesem Bereich von Honorarjobs. EBM Seigfried gibt das Wort an den Sportverband weiter. Hiermit zeigt sich das Gremium einverstanden.

Der anwesende Vertreter des Sportverbandes, Herr **Weckesser**, merkt an, dass eine angespannte Situation, wie in dem Zeitungsartikel erwähnt, nicht vorliege. Es gebe dennoch mit manchen Vereinen eine Konfliktsituation, sofern ähnliche Kurse angeboten werden.

TOP 5 **Projekte aus dem Bereich Sport**
- **Aktiv im Park**
- **Sportabzeichen**
- **mündlicher Bericht**

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt EBM **Seigfried** diesen TOP.

TOP 6 **Gesundheitsforum 2018** **Vorl.Nr. 428/18**

Beratungsverlauf:

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Das Konzept der kommunalen Gesundheitsförderung basiere auf drei Säulen. Gesund aufwachsen, Gesund leben und arbeiten, sowie Gesund älter werden.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** dankt dem Fachbereich und schätzt das große Engagement.

Herr **Dahler** geht auf die Dokumentation zum Gesundheitsforum ein. Diese sei online abrufbar und werde dem Protokoll angefügt, beziehungsweise könne angefordert werden.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, schließt EBM **Seigfried** diesen TOP.

TOP 7 **Städtische Förderung für das Kindertagheim
Charlottenkrippe im Rechnungsjahr 2017 und
Festsetzung der Abschlagszahlungen für das
Rechnungsjahr 2019** **Vorl.Nr. 377/18**

Beschluss:

Die städtische Förderung des Kindertagheim Charlottenkrippe, Wilhelmstraße 44-48, wird für das Rechnungsjahr 2017 auf brutto 2.550.122,55 € festgesetzt.

Die Abschlagszahlungen für das Rechnungsjahr 2019 werden lt. Wirtschaftsplan der Charlottenkrippe in einer Höhe von 2.878.750 € ausbezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kasdorf
Stadträtin Dr. Knoß
Stadtrat von Stackelberg
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadträtin **Kreiser** spricht im Namen des Gremiums ihren Dank an Schwester Gisela für die lange Begleitung aus. Sie habe die Charlottenkrippe geprägt.

EBM **Seigfried** schließt sich im Namen der Verwaltung der Vorrednerin an.

Beratungsverlauf:

Herr **Schindler**, Frau **Jorde** und Frau **Töpfer** (FB Bürgerdienste) berichten über den Fachbereich Bürgerdienste anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Bürgerdienste umfassen die Bereiche Ausländerbehörde, Standesamt und Bürgerbüro. Sie gehen auf die Kundenbefragung, insbesondere die Gesamtkundenzufriedenheit, die Wartezeiten vor Ort, sowie die Beratung ein. Weiter informieren sie über den Service Point, Selbstbedienungsterminal, sowie L2B2. Zudem wird ein Ausblick auf das Jahr 2019 gegeben. Herr Schindler spricht seinen Dank an die Mitarbeiter aus.

EBM **Seigfried** dankt dem Fachbereich Bürgerdienste.

Stadtrat **Meyer** spricht seinen Dank für die hervorragende Leistung an das Team aus. Die gute Wandlung der Abteilung sei deutlich erkennbar, wie auch die Durchführung der atmosphärischen Veränderung für die Kunden und die Mitarbeiter

An den Vorredner schließt sich Stadträtin **Faulhaber** an und dankt für die gute Arbeit. Insbesondere geht sie auf die StuWi Card ein, die gut ankomme.

Ebenso Lob und Anerkennung zeigt Stadträtin **Moersch**. Sie fügt hinzu, dass die Atmosphäre außergewöhnlich sei. Eine gute fachliche Kompetenz, reibungslose Abläufe, Bürgerzufriedenheit

und Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern zeichne die gute Arbeit aus.

Stadtrat **Heer** geht auf die Befragung mit den guten Ergebnissen ein. Er dankt ebenso für die gute Arbeit.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass eine große Hintergrundarbeit geleistet werde. Diese, wie auch Bedenken zur Sicherheit, werden häufig unterschätzt. Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, schließt EBM Seigfried diesen TOP und beendet, nachdem TOP 9 vorgezogen wurde, den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 9

**Ausschreibung eines Stadtstipendiums für eine Absolventin oder einen Absolventen einer Ludwigburger Hochschule
- Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.11.2017**

Vorl.Nr. 504/17**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** ruft TOP 9 auf und merkt an, dass dieser vorgezogen und anstatt TOP 4 beraten werde. TOP 4 wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt. EBM Seigfried erteilt das Wort an die Antragstellerin Stadträtin Steinwand-Hebenstreit.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** begründet ihren Antrag. Sie könne sich verschiedene Bereiche vorstellen, unter anderem im Bereich Stadtschreiber. Sie weist darauf hin, dass dieses Angebot bereits in verschiedenen Städten vorliege. Es solle ein Mehrwert für die Stadt sein.

EBM **Seigfried** stellt der Antragstellerin die Frage, ob sie eine konkrete Budgetvorstellung habe.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** verweist auf die Erfahrungen der anderen Städte. Man benötige eine Wohnung und Honorarzählungen.

Stadtrat **Meyer** bittet um ein klares Konzept. Er sieht die Prüfung nicht als Aufgabe der Verwaltung.

Ein deutlicher Unterschied zwischen Stadtschreiber und Stipendium sehe Stadträtin **Deetz**. Es solle einen Mehrwert für die Stadt sein. Es müssen klare Verhältnisse gesetzt werden. Sie sehe es positiv, wünsche sich dennoch Grenzen zeitlich und finanziell.

Stadträtin **Moersch** könne dem Vorschlag nicht folgen. Dies sei momentan undenkbar. Es fehlen jegliche Angaben zu den Rahmenbedingungen und Erfahrungen.

Stadtrat **Heer** könne heute nicht zustimmen. Er bitte um eine qualifizierte Vorlage.

Stadtrat **Kube** finde grundsätzlich ein Stipendium gut, dennoch benötige er hierzu weitere Informationen und könne dem Vorschlag nicht zustimmen. Ihm sei bei der Auswahl eine soziale Komponente wichtig.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** nimmt die Anregungen mit. Sie zieht den Antrag Nr. 504/17 vorerst zurück und wird einen konkreten Vorschlag einreichen.

EBM **Seigfried** fährt mit TOP 5 fort.